

35/1992 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl: Dem Terror der Straße nicht weichen!

Standhaft sein gegen Rechts- und Linksräderale

Einmütig haben Politiker aller Parteien die Störaktionen bei der Berliner Demonstration gegen Ausländerhaß und Gewalt verurteilt. Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, erklärten übereinstimmend, daß in Berlin über 300.000 Menschen ein deutliches Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit gesetzt hätten.

Die Krawalle der Autonomen dürften nicht größere Beachtung finden als die Demonstration selbst, erklärte der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte nach der Demonstration, es hätten weit über 300.000 friedliche und fröhliche Bürgerinnen und Bürger aus Berlin und ganz Deutschland für unsere Bundesrepublik Deutschland demonstriert. Sie hätten ja gesagt zu unserem Staat und zu unserer freiheitlichen Ordnung. Zu den Ausschreitungen erklärte der Kanzler: „Wir können nicht dulden, daß der Terror auf der Straße in unserem Land bestimmt wird. Deswegen bin ich dafür, mit äußerster Härte des Gesetzes dagegen vorzugehen. Wir werden der Gewalt und dem Terror der Straße nicht weichen. Dieser Tag hat aber auch gezeigt, daß es keinen Sinn hat, nur über Rechtsradikalismus zu reden, sondern

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Asyl

Bewerberzahlen steigen weiter an / Dramatische Situation in den Städten und Gemeinden / Sozialhilfe soll gekürzt werden. Seite 3/4

● GATT

Der freie Welthandel darf nicht scheitern. Seite 7

● Soziales

Die Bundesregierung betreibt keinen Abbau der Sozialleistungen. Seite 9

● Ausbildung

Auch im Osten findet jeder Bewerber einen Ausbildungssplatz. Seite 13

● Jugend

Shell-Studie 92 beweist: Jugend lehnt Gewalt ab. Seite 15

● Öffentlichkeitsarbeit

Neuvorstellung von Werbematerialien der Bundesgeschäftsstelle. Seite 19/20

● Dokumentation

Die sonstigen Beschlüsse des 3. Parteitages der CDU Deutschlands in Düsseldorf. Grüner Teil

Zitate

Gewalt-Bilder

Berlin ist nicht Weimar. Die Kommentatoren, die die Geschichte von Weimar beschwören, sind in der Minderheit beim Blick der internationalen Presse auf die Ereignisse von Berlin. Auch der Vorwurf, den etwa die Pariser „Liberation“ erhebt, die Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit habe „zu spät“ stattgefunden, wird nicht von den anderen Meinungsführern geteilt. Die meisten Blätter wissen zu würdigen, wer in Deutschland die überwältigende Mehrheit und wer die Minderheit bildet. Doch es hieße, die Solidarität in Europa und in der westlichen Wertegemeinschaft zu überfordern, wollte man nun erwarten, das Bild, das sich das Ausland von uns macht, werde besser sein als das Bild, welches wir bieten.

Und da sehen wir selbst nach den Krawallen klarer. In Deutschland besteht nicht nur die Gefahr des Rechtsextremismus, wie uns das die Linke weismachen will, sondern nach wie vor auch die des Linksextremismus und der staatszerstörenden „autonomen“ Machtgier.

Es gibt seit dem Sonntag keinen Grund mehr, irgendeiner extremistischen Richtung politische oder strafrechtliche Rabatte zu geben. aus FAZ, 10. November 1992

(Fortsetzung von Seite 1)

daß der Linksradikalismus eine ebenso große Bedrohung ist und wir beide mit großer Entschiedenheit bekämpfen müssen.“

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth erklärte, es gehöre zu den Lehren des Tages, daß die Mehrheit auch durch organisatorische Maßnahmen in die Lage versetzt werden muß, ihrem Willen Ausdruck zu verleihen, daß in einem freien

Die hohlen Sprüche

Am Tage danach: Wie so oft in Zeiten der Ratlosigkeit und der Betroffenheit werden jetzt wieder einmal die hohlen Sprüche geklopft. „Mit aller Härte“ gegen die Chaoten, neue Gesetze braucht das Land – und, was wohl sonst könnte gesundgebetet werden, die Demokraten würden sich nie und nimmer der Gewalt beugen.

Wer Hamburgs Hafenstraße toleriert, darf sich über Berlins Lustgarten nicht wundern. Wer sich lautstark über einen Münchener Polizei-Kessel zum Schutz von sieben Staatschefs empört und darin höchste Gefahr für die Demokratie wittert, sollte jetzt nicht jammern, daß Berlins Polizei die Steineschmeißer auf Wurfnähe heranließ. Unser Land braucht keine neuen Gesetze. Es braucht einen hellwachen Bürgersinn gegen die Gleichgültigkeit im Umgang mit der Gewalt. Seit eh und je haben sich Links- und Rechtsextremisten gegenseitig hochgeschaukelt.

Gesetze müssen konsequent angewendet werden, auch von der Justiz. Sitzt auch nur ein einziger der Berliner Gewalttäter hinter Schloß und Riegel?

Das ist es, worüber nachgedacht werden muß, aber nicht lamentiert werden darf.

Neue Rhein-Zeitung, 11. November 1992

Land die freie Rede ihren Platz hat. „Wir wollen nicht, daß der Bundespräsident gezwungen ist, unter Polizeischutz zu reden. Eine Demonstration ist ein Teil der Demokratie und keine hilflose Reaktion. In Berlin hat eine große Geschlossenheit der Demokraten stattgefunden.“

Bei aller Traurigkeit über den Verlauf der Schlußkundgebung: Angst hilft nicht weiter. Dies sehe ich als Aufforderung, noch entschiedener zu handeln.“

Asylbewerberzahlen steigen weiter an

Dramatische Situation in den Gemeinden

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat Oktober 1992 48 985 Asylbewerber (Vormonat: 45 779) registriert. Die Asylbewerberzahl im Oktober ist die höchste bisher registrierte Asylbewerberzahl (bisherige Rekordzahl Juli 1992: 46 496). An der Spitze stehen erneut die Asylbewerber aus Rumänién.

Einer solchen Herausforderung von Asylbewerbern, von denen nur der geringste Teil unter die Asylgarantie des Grundgesetzes fällt, ist kein anderes europäisches Land ausgesetzt. Das britische Parlament hat ein schärferes Asylgesetz angekündigt, weil man in diesem Jahre mit 20 000 Asylanträgen rechnet — bei uns in der Bundesrepublik Deutschland sind es zwischen 450 000 und 500 000 in diesem Jahr.

Hauptherkunftsänder sind:

Rumänien	15 007 (Vormonat: 17 240)
ehem. Jugoslawien	9 402 (Vormonat: 7 617)
Bulgarien	5 184 (Vormonat: 4 669)
Türkei	2 807 (Vormonat: 2 053)
Algerien	1 352 (Vormonat: 935)
ehem. Sowjetunion	1 329 (Vormonat: 1 054)
Vietnam	1 188 (Vormonat: 1 007)
Zaire	1 004 (Vormonat: 774)
Indien	902 (Vormonat: 701)
Ghana	830 (Vormonat: 711)
Aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen insgesamt 9 402 Asylbewerber, und zwar 103 aus Kroatien, zwei aus Slowenien und 1 357 aus Bosnien-Herzegowina	

sowie 7 940 (= 84,5 v. H.) aus den übrigen Landesteilen.

In den zehn Monaten dieses Jahres haben insgesamt 368 536 Ausländer Asyl beantragt. Gegenüber der Vergleichszahl im Vorjahr (Januar bis Oktober 1991: 203 321 Asylbewerber) bedeutet dies einen Anstieg von über 81 Prozent.

Im Monat Oktober hat das Bundesamt über die Anträge von 16 362 Personen entschieden. Anerkannt wurden 708 Personen (4,3 v. H.), abgelehnt 11 597 Personen (70,9 v. H.), sonstwie erledigt wurden die Anträge von 4 057 Personen (24,8 v. H.).

In den Monaten Januar bis Oktober hat das Bundesamt über die Anträge von 171 715 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 7 766 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 4,5 Prozent. Abgelehnt wurden 130 357 Personen (75,9 v. H.), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 33 592 Personen (19,6 v. H.).

Zu den vorgelegten Asylbewerberzahlen erklärte der Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters:

Ich unterstreiche noch einmal: Ohne eine Änderung des Grundgesetzes ist das Problem des massenhaften Asylmißbrauchs nicht zu lösen. Aber Änderung des Grundgesetzes darf nicht nur kosmetische Korrektur bedeuten. Ich warne deshalb vor Scheinlösungen und vor Formelkompromissen, die nicht weiterhelfen

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Sozialhilfe für Asylbewerber kürzen

Die Koalitionsfraktionen haben in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Kürzung der Sozialhilfe für Asylbewerber auf 75 Prozent des Regelsatzes beschlossen. In der Begründung heißt es u. a.:

§ 120 des Bundessozialhilfegesetzes, der Leistungen der Sozialhilfe an Ausländer regelt, ist seit 1982 in seinen Grundzügen nahezu unverändert geblieben. Seitdem sind die Zahlen von Ausländern, insbesondere von Asylsuchenden und solchen Ausländern, denen vor allem aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen ein gewisses Bleiberecht zu gewähren ist, erheblich gestiegen. Dies und daraus folgende politische und soziale Problemlagen haben zu Änderungen des Ausländerrechts geführt; davon wird auch die Sozialhilfe berührt. Eine Änderung der Regelungen über Sozialhilfe an Ausländer ist daher geboten.

Die Neustrukturierung der Sozialhilfe für Ausländer wird zu nicht unerheblichen Kosteneinsparungen bei den Ländern und den Trägern der Sozialhilfe führen. In der Regel erhalten zur Zeit auch Asyl-

bewerber und kurzfristig zur Ausreise verpflichtete Ausländer trotz der Kürzungsmöglichkeit nach dem geltenden § 120 Abs. 2 den Regelsatz in voller Höhe. Dieser Personenkreis wird auf etwa 600.000, die durchschnittliche Einsparung durch die Neuregelung pro Person auf 1.200 DM im Jahr geschätzt. Dies ergibt eine Einsparung von ca. 720 Mio. DM im Jahr. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß Einsparungen auch bei Ausländern mit befristeter Aufenthaltsgenehmigung eintreten, die allerdings geringfügiger sein werden. Schließlich wird von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein, daß mit dieser Neustrukturierung der Sozialhilfe für Ausländer ein Teil des Anreizes entfällt, nach Deutschland zu kommen. Insgesamt ist daher die Annahme berechtigt, daß Einsparungen in einer Höhe von bis zu einer Mrd. DM entstehen.

Da ein Teil der Länder die Regelsatzaufwendungen für diesen Personenkreis nur zu 80 v.H. oder leicht darüber ersetzt, werden die Einsparungen vermutlich je zur Hälfte bei den Ländern und den Kommunen eintreten.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

und nur Zweifel an der Handlungsfähigkeit des Staates nähren würden.

Wenn sich die SPD ihrer Mitverantwortung für das Gemeinwohl entzieht und sich der notwendigen Grundgesetzänderung verweigert, dann verhindert, ja sabotiert sie die jetzt dringend notwendige politische Lösung eines zentralen gesellschaftlichen Problems. Sie müßte sich dann den Vorwurf gefallen lassen, in

einer Bewährungsstunde unserer Demokratie versagt zu haben und den sozialen Frieden in unserem Lande aufs Spiel zu setzen.

Ein Parlament kann auf Dauer keine Politik gegen den erkennbaren Willen der Bevölkerung machen. Wer die Lösung des Asylproblems weiter aufschiebt, muß dies auch vor den Bürgern verantworten. Eine weitere Verzögerung darf nicht zugelassen werden.

Formelkompromiß hilft nicht weiter

„Unsere EG-Partner haben aus völlig verständlichen Gründen überhaupt kein Interesse daran, in der Asylfrage Druck zu machen“, erklärte Bernhard Sälzer MdEP, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Europapolitik der CDU. Durch die Mißbrauchsmöglichkeiten in Deutschland, die in keinem anderen EG-Mitgliedsland in vergleichbarer Weise gegeben sind, wird Deutschland durch sein eigenes Verschulden praktisch zum Asyl-Reserveland in der Europäischen Gemeinschaft.

Die Asylzahlen im Vergleichszeitraum machen dies deutlich: bis Oktober über 300.000 in Deutschland und nur ein Zehntel davon in Frankreich. Wenn sich die SPD weiter hinter Europa versteckt, und eine wirksame Grundgesetzänderung verhindert, wird der Schaden für Deutschland international immer größer: Die Zahl der nicht-anerkenntungsfähigen Asylanten wird weiter dramatisch steigen. Ohne eine Grundgesetzänderung ist Deutschland in der EG nicht handlungsfähig, weil ein Asylbewerber, der z. B. in Italien EG-Boden betritt, aber in Deutschland Asyl beantragt, nicht nach Italien zurückgeschickt werden kann. Während umgekehrt, nach geltendem internationalen Recht, Italien, wie jedes andere EG-Land, solche Asylbewerber postwendend zurückschickt. Aus diesem Grund befinden sich schon jetzt zwei Drittel aller EG-Asylbewerber in Deutschland.

Ein Formelkompromiß des SPD-Parteitaages hilft nicht weiter, so Bernhard Sälzer, wenn er nicht die volle Handlungsfähigkeit Deutschlands in der EG absichert. „Unsere Partner in der EG werden sich zu Recht dagegen wehren, Bewerber, die nach der Genfer Konvention keinen Asyl-

anspruch haben, in ihre Länder aufzunehmen.“

Die Haltung der SPD gefährdet daher den europäischen Einigungsprozeß. Durch den Wegfall der EG-Binnengrenzen entstehen für die anderen EG-Staaten zusätzliche Risiken, wenn sich nicht-anerkenntungsfähige Asylbewerber über

„Die SPD muß endlich aufhören, die Forderung nach einer europäischen Asylrechtslösung als Alibi für eigene politische Handlungsunfähigkeit zu missbrauchen.“

Deutschland in der EG ein Bleiberecht verschaffen.

„Jeder Tag, den die SPD leichtfertig verstreichen lässt, ist ein Tag, der Deutschland in der EG und darüber hinaus schweren Schaden zufügt.“

Bauindustrie optimistisch

„Hervorragende Geschäfte“ meldeten die Aussteller zur Halbzeit der Bau-Fachmesse in Leipzig (30. 10. bis 4. 11.). Interesse und Abschlüsse seien zum Teil noch besser gewesen als vor einem Jahr. In den ersten drei Tagen kamen 46.000 Besucher zu der größten deutschen Baumesse, darunter auch Gruppen aus osteuropäischen Ländern. Die Bundesfachabteilung „Schlüsselfertiges Bauen“ des Hauptverbandes der Bauindustrie erwartet, daß die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im nächsten Jahr trotz schwächerer Baukonjunktur auf rund 400.000 gesteigert werden kann.

Rumänen können von jetzt ab schneller zurückgeführt werden

Am 1. November 1992 trat das am 24. September 1992 von Bundesinnenminister Rudolf Seiters und seinem rumänischen Amtskollegen in Bukarest unterzeichnete Rückübernahmevertrag und das am 28. Oktober 1992 unterzeichnete Durchführungsprotokoll zu diesem Abkommen in Kraft.

Der Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters, gab aus diesem Anlaß folgende Erklärung ab:

Die Vereinbarungen mit Rumänien sollen die Rückführung rumänischer Staatsangehöriger ohne gültige Pässe nach Rumänien erheblich erleichtern und beschleunigen. Auch weiterhin können rumänische Asylbewerber erst dann nach Rumänien zurückgeführt werden, wenn das Asylverfahren abgeschlossen ist. Aufgrund der geltenden Verfassungslage können daran auch völkerrechtliche Verträge mit anderen Staaten nichts ändern.

Die Vereinbarungen mit Rumänien sind dennoch von großer praktischer Bedeutung. Immer mehr Asylbewerber behaupten, keine gültigen Ausweisdokumente zu besitzen. Auf diese Schutzbehauptung berufen sich inzwischen etwa 70 Prozent aller Asylbewerber. Wesentlicher Vorteil der Vereinbarung ist deshalb, daß die Rückübernahme auch ohne gültige Ausweisdokumente möglich ist. In diesem Fall reicht es bei rumänischen Staatsangehörigen künftig aus, daß die Staatsangehörigkeit von deutscher Seite glaubhaft gemacht wird.

Dieses Abkommen wird seine volle Wirksamkeit nach der dringend notwendigen Verfassungsänderung erzielen. Die Rumänen stellen die größte Asylbewerberzahl mit monatlich zwischen 13.000 und 17.000 Personen bei der äußerst niedrigen Anerkennungsquote von 0,1 Prozent. ■

418.208 unerledigte Asylanträge in Zirndorf

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf lagen Ende September 418.208 unerledigte Asylanträge.

Das teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der SPD mit. Wie der Bundestag weiter berichtete, liegt die Zahl der in Deutschland lebenden Asylbewerber nach Schätzungen der Bundesregierung derzeit bei 520.000 bis 550.000 Personen. In der Bundesrepublik hielten sich augenblicklich mehr als 1,4 Millionen ausländische Flüchtlinge mit oder ohne Rechtsstatus nach der Genfer Konvention auf. Die Stellen-

ausstattung des Bundesamtes mit 3.600 Planstellen sei auf die Bearbeitung von 210.000 Fällen pro Jahr mit rund 330.000 Personen ausgelegt. Diese Leistung wird nach den Angaben aber nicht erreicht, weil die Stellen nicht voll besetzt sind. Die Anerkennungsquote für Asylbewerber in Deutschland betrug 1991 im Durchschnitt 6,9 Prozent.

In ganz Westeuropa beantragten nach Angaben der Bundesregierung im letzten Jahr mehr als 545.000 Menschen Asyl: in Frankreich 54.813, in Großbritannien 57.710, in der Schweiz 41.629, in Österreich 27.306 und in Italien 23.317.

Matthias Wissmann:

Der freie Welthandel darf nicht scheitern

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft sollten die dünnen Fäden in den GATT-Verhandlungen jetzt nicht zerreißen lassen. Die gegenseitige Ankündigung von Strafzöllen und Sanktionen läuft auf einen Handelskrieg hinaus, den sich weder die EG noch die Vereinigten Staaten angesichts der äußerst labilen Weltkonjunktur leisten können.

Die Scharfmacher auf beiden Seiten des Atlantiks sind aufgefordert, die geplanten Sanktionsmaßnahmen zu unterlassen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Wer jetzt glaubt, sich einen Handelskrieg leisten zu können, verkennt die fundamentale Bedeutung des freien Welthandels für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Nur ein Erfolg der GATT-Runde führt zur Initialzündung für Handel und Wachstum, welche in der gegenwärtigen Konjunkturphase dringend erforderlich ist.

Die verbleibende Zeit für einen Durchbruch in den Verhandlungen ist äußerst knapp bemessen. Gefordert ist jetzt der politische Wille, zum erfolgreichen Abschluß zu kommen. Der neue amerikanische Präsident Clinton sollte unmittelbar nach Amtseintritt die Chance ergreifen, durch einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen ein positives Signal der amerikanischen Wirtschaftspolitik zu setzen. Dadurch könnten zugleich Befürchtungen vor einem protektionistischen Kurswechsel der amerikanischen Politik widerlegt werden. Auch auf europäischer Seite ist ein deutlicher Kurswechsel erforderlich. Es kann

nicht sein, daß an nationalen Eigeninteressen eines einzigen Mitgliedstaates der freie Welthandel scheitert und die verheerenden Folgen anschließend von der gesamten EG getragen werden müssen. Die Bundesregierung muß jetzt ihr ganzes Verhandlungsgewicht dafür einsetzen, daß die EG-Kommission eine konstruktive Verhandlungsposition einnehmen kann.

Spielräume hierfür gibt es auf beiden Seiten. Die EG hat mit ihren Beschlüssen zur EG-Agrarreform ihre Bereitschaft zur Übernahme multilateraler Verpflichtungen zum Subventionsabbau signalisiert. Auch die Amerikaner haben bei der insbesondere für Frankreich wichtigen Weizenfrage bereits Flexibilität erkennen lassen. Damit ist man bei den entscheidenden „Knackpunkten“ vom Durchbruch nicht mehr weit entfernt.

Im Osten weniger Krankmeldungen

Durchschnittlich zehn krankheitsbedingte Ausfalltage pro Pflichtmitglied und Jahr hat der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) in den neuen Bundesländern registriert; in Westdeutschland waren es 26 Tage. Ein Krankheitsfall dauerte im Osten durchschnittlich 14 Tage, in Westdeutschland 16 Tage. Krankmeldungen erfolgten in den westlichen Bundesländern überwiegend infolge von Bandscheibenschäden, Wirbelsäulenerkrankungen und Rheuma, im Osten vorwiegend infolge von Atemwegserkrankungen.

Julius Louven:

Arbeitsmarktlage verhalten

„Eine wirtschaftliche Belebung wird erst nach einer längeren Durststrecke zu erreichen sein.“ Mit dieser Einschätzung beschreibt das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute die aktuelle und längerfristige verhaltene Entwicklung des Arbeitsmarktes. Damit korrigieren die Sachverständigen ihre früheren optimistischeren Prognosen. Dieser Einschätzung entspricht auch die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt.

Trotz einer Zunahme der Erwerbstätigen in Westdeutschland um ca. 300.000, stieg die Zahl der Arbeitslosen leicht um 50.000 und erreicht eine Quote von 6,0 Prozent.

Positiver ist die Entwicklung in den neuen Ländern zu bewerten, da entgegen pessimistischen Prognosen, wie sie naturgemäß von der SPD-Opposition begierig aufgegriffen werden, dort ein leichter Rückgang der Arbeitslosenzahl festzustellen ist und die Quote entsprechend auf 13,5 Prozent zurückgegangen ist.

Der von der CDU/CSU eindringlich geforderte Solidarpakt und eine moderate Lohnentwicklung sind Voraussetzung für eine Erholung der Investitionsneigung. Letztendlich können nur stärkere Investitionen, Voraussetzung für neue Arbeitsplätze, insbesondere in den neuen Bundesländern zu einer allmäßlichen Entwicklung zum Positiven führen. Bei übereinstimmender Einschätzung der Arbeitsmarktentwicklung ist fruestens im zweiten Halbjahr 1993 mit einer solchen Entwicklung zum Positiven zu rechnen. Hierfür dürften unabdingbare Voraussetzungen sein:

- Der Motor der Weltkonjunktur springt 1993 an,
- die Kapitalmarktzinsen sinken deutlich,
- die Nachfrage in den neuen Bundesländern wächst weiter,
- die Tarifpolitik insgesamt orientiert sich an der angespannten Arbeitsmarktlage,
- die Lohnnebenkosten werden deutlich zurückgeführt und
- die Finanz- und Haushaltspolitik der CDU/CSU wird solide fortgesetzt.

Bei der Bewältigung der bevorstehenden großen Aufgaben unterstützt das Herbstgutachten auch den von der CDU/CSU eingeschlagenen Weg eines Solidarpaktes. Hierbei ist es wichtig, daß Partikularinteressen zurückstehen und insbesondere in den neuen Ländern die Tarifpartner durch Neuverhandlungen mit dem Ziel der Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes und der Konjunktur ihre grundgesetzlich garantierte Autonomie neuerlich legitimieren. Die derzeitigen Überlegungen der Metallarbeitgeber deuten in die richtige Richtung.

Wegen der nur langfristig möglichen Wende am Arbeitsmarkt wird die aktive Arbeitsmarktpolitik für längere Zeit ihre Brückenfunktion behalten müssen, bis als Folge einer verbesserten Konjunktur vermehrt Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

Mit den jetzt modifizierten ABM-Regelungen kann die zukünftige Entwicklung am Arbeitsmarkt entsprechend den geänderten Rahmenbedingungen zielgerichtet abgedeckt werden. Ferner wird dadurch der gewollte Übergang vom ersten auf den zweiten Arbeitsmarkt erleichtert.

Roswitha Verhülsdonk:

Bundesregierung betreibt keinen Sozialabbau

Die Mandatsträger der CDU in den Kommunalparlamenten werden von SPD und Grünen immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, die von der CDU/CSU geführte Bundesregierung betreibe „Sozialabbau“ und sei schuld daran, wenn in den Gemeinden die sozialen Leistungen gekürzt werden müßten. Um den Mandatsträgern der CDU Argumentationshilfe zu geben, veröffentlicht der UiD nachfolgend die wichtigsten Passagen aus der Rede von Roswitha Verhülsdonk, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie und Senioren, die sie am 6. November im Deutschen Bundestag zu diesem Thema gehalten hat.

Ich höre von der Opposition immer wieder den Vorwurf, die Bundesregierung betreibe „Sozialabbau“. Auch heute wurde das wieder behauptet.

Richtig ist aber: Die Bundesregierung betreibt einen gewaltigen „Sozialaufbau“, nämlich den notwendigen Sozialaufbau in den Gebieten unserer Republik, in denen 40 Jahre sozialistische Herrschaft einen zutiefst unsozialen Zustand hinterlassen hat. Dies wird offenbar von der Opposition völlig übersehen oder verdrängt.

Wir alle, hier in diesem Hause und draußen, müssen diesen Aufbau gemeinsam betreiben. Wir wollen deshalb einen Solidarpakt. Erfreulicherweise gibt es darüber breiten Konsens. Im Rahmen eines Solidarpakts wird sicherlich **alles** auf den Prüfstand gestellt werden müssen — auch

die sozialen Leistungen einschließlich der Sozialhilfe. Aber Solidarität bedeutet ebenso, daß **niemandem** Sonderopfer zuzumuten sind — auch nicht den Sozialhilfeempfängern. Ich halte zudem nichts von grobschlächtigen Einschnitten ins soziale Netz — auch und ganz besonders nicht in der Sozialhilfe. Gerade bei diesem letzten Netz der sozialen Sicherung müssen die notwendigen Überprüfungen fachkundig und behutsam vorgenommen werden.

In den letzten Tagen war häufig von den **Regelsätzen** der Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe die Rede. Richtig ist, daß durch Beschuß der Ministerpräsidenten — die Länder sind zuständig dafür — das Bemessungssystem für die

Rede von Roswitha Verhülsdonk, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Familie und Senioren anlässlich der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag zum Thema „Pläne der Bundesregierung bei Steuererhöhungen und Einschnitten im sozialen Bereich am 6. November 1992.“

Regelsätze neu gestaltet und infolgedessen die Regelsätze 1990 bis 1992 überproportional angehoben sind. Zur **Kompensation** dieser Mehrkosten haben die Ministerpräsidenten gleichzeitig bestimmte Einsparungen in der Sozialhilfe gefordert, die in einem vom Bundesministerium für Familie und Senioren erarbeiteten Referentenentwurf berücksichtigt sind. Darüber hinausgehenden Einsparungsforderungen stehe ich ganz besonders kritisch gegenüber.

Wichtig ist, daß wir uns die Hauptgruppen von Sozialhilfeempfängern **differenzierter** anschauen. Eine Gruppe hebt sich da sehr deutlich von den anderen ab, nämlich die Gruppe der Asylbewerber und der kurzfristig geduldeten Ausländer. Diese Gruppe hat sich von 1980 auf 1990 mehr als verfünfacht — auf einen Anteil von etwa 27 Prozent aller Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt — und steigt seitdem weiter kräftig an. Dies hat — wie wir wissen — vielerlei Gründe. Einer davon ist sicher auch, daß unsere Leistungen der Sozialhilfe eine erheblich bessere Existenzsicherung bedeuten, als die meisten Asylbewerber in ihren Heimatländern zur Verfügung haben.

Daß dies zur Einreise locken kann und dann sicherlich auch zum Hierbleiben reizt, liegt auf der Hand.

Bei anderen Empfängergruppen sind Leistungskürzungen aber kein geeigneter Weg. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß jemand in diesem Hause die Leistungen für alleinerziehende Mütter oder Väter und ihre Kinder kürzen oder zumindest einfrieren möchte. Ich kann mir dies auch nicht für Rentner, insbesondere für Rentnerinnen vorstellen, wenn deren niedrige Altersversorgung durch Sozialhilfe aufgestockt werden muß, auch nicht für Familien, deren Ernährer langfristig arbeitslos oder krank ist. Wenn davon die Rede ist, daß alle — auch die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes — einen Einkommensausgleich für die Preissteigerungen in den nächsten Jahren im Portemonnaie vorfinden sollen, dann dürfen wir die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, davon **nicht aus „sparen“** — aussparen im doppelten Wortsinne.

Trotzdem ist einiges zu tun bei der Sozialhilfe im Sinne einer kritischen Überprüfung: Nämlich Strukturverbesserungen,

die sowohl Sozialhilfeempfängern im Einzelfall zugute kommen als auch kurz- und insbesondere mittelfristig zu nicht unerheblichen Einsparungen führen werden. Ich möchte stichwortartig nur vier Punkte nennen:

1. Verstärkte Hilfen zur **Vermeidung** und **Überwindung** von Sozialhilfebedürftigkeit, insbesondere durch eine individuelle Bearbeitung und durch gezielte Beratung in den Sozialämtern, die gleichzeitig von einigen bürokratischen Wucherungen zu entlasten sind.
 2. Eine konsequenter Reaktion auf **Mißbrauchsfälle**. Ich will die Gefahr des Missbrauchs nicht unnötig dramatisieren. Aber es darf z. B. nicht weiterhin so sein, daß die Erschleichung von Leistungen etwa durch vorsätzlich oder grob fahrlässig falsche Angaben weithin praktisch **folgenlos** bleibt.
 3. Verbesserte Möglichkeiten, arbeitslose und manchmal nicht mehr arbeitsgewohnte Sozialhilfeempfänger durch Anreize und Angebote wieder **in Arbeit** zu bringen, wenn nötig — auch durch sanften, aber deutlichen pädagogischen Druck. Gerade manchem jungen Menschen müssen wir seine **eigene Verantwortung** für sein Leben zurückgeben.
 4. Für eine sinnvolle und gleichzeitig kostensparende Weiterentwicklung einer treffsicheren Sozialhilfe ist es unbedingt erforderlich, die **statistische Datenlage** zu verbessern und die **Forschung** zu verstärken. Auch hier im Bundestag konnten wir bisher manche Fragen zur Statistik nur sehr unzureichend beantworten, leider. Sozialhilfe darf insoweit nicht mehr ein viel zu wenig analysiertes Feld unserer sozialen Sicherung bleiben.
- Dies sind nur einige, wenn auch besonders wichtige Stichpunkte zum Thema Sparen in der Sozialhilfe — Stichpunkte zu einem angemessenen, aber auf Zeit deutlichen Sparen in der Sozialhilfe.

Jürgen Rüttgers:

Belastungen für alle tragbar

CDU und CSU halten Wort: Die Bundesfinanzen bleiben stabil; der Haushalt für 1993 wird nicht aufgestockt; es bleibt bei einer Steigerungsrate von nur 2,5 Prozent. Neue Anforderungen an den Bundeshaushalt werden wir durch Sparen und Umschichtungen auffangen. Da es — aufgrund der nachlassenden Konjunktur und durch Mehrbedarf für den Aufbau der neuen Länder — neue finanzpolitische Herausforderungen gibt, haben wir in dieser Woche einstimmig entsprechende Entschlüsse gefaßt.

Wir werden:

- 3,2 Mrd. DM durch Streichungen im Bundeshaushalt sparen; 1,5 Mrd. DM davon werden zum Aufbau der neuen Bundesländer eingesetzt;
- die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für 1993 um 0,2 Prozentpunkte anheben; dadurch werden 2,4 Mrd. DM eingespart. Damit die Lohnnebenkosten nicht weiter steigen, werden wir gleichzeitig die Beiträge zur Rentenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zurücknehmen, weitere Spargesetze folgen;
- zum Ausgleich konjunkturbedingter Steuerausfälle die Nettoneuverschuldung des Bundes zeitlich befristet auf 44 Mrd. DM anheben.

Weitere Sparmaßnahmen werden wir beschließen, wenn die Eckwerte über den von uns angestrebten Solidarpakt zur Verfestigung und Beschleunigung des Aufbaus im Osten vorliegen. Wir gehen davon aus, daß dies bis zur parlamentarischen Schlußberatung des Bundeshaushalts 1993 Ende November der Fall ist. Deutschland ist keine Insel der Seligen

im aufgewühlten Ozean der Weltwirtschaft. Überall, auch in anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft, haben Parlamente und Regierungen in den letzten Wochen zum Teil drastische Sparmaßnahmen beschlossen:

- Belgien kürzt Leistungen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung und schränkt die Renten ein.
- Italien spart im Haushalt 1993 umgerechnet über 100 Mrd. DM und erhöht die Staatseinnahmen um 40 Mrd. DM.
- In den Niederlanden gibt es Verhandlungen mit den Gewerkschaften über einen Lohnstopp.

Über drastische Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten der EG-Länder berichtet MdB Jürgen Rüttgers, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

- Spanien erhöht die Mehrwertsteuer zum zweitenmal in diesem Jahr auf jetzt 15 Prozent.

- Portugal entläßt Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst.

Diese Sparmaßnahmen sind „nur“ notwendige Anpassungen an die weltwirtschaftlichen Gegebenheiten. Deutschland trägt darüber hinaus die Erblast aus 40 Jahren Sozialismus. Gemessen daran sind die bereits von uns getroffenen und noch zu treffenden Sparbeschlüsse maßvoll. Niemand wird in unzumutbarer Weise belastet. Trotzdem erhebt sich ein dröhendes Geschrei der Besitzstandswahrer und Neinsager — allen voran die SPD. Ihnen sei gesagt: Wer jetzt nicht spart, setzt die Zukunft Deutschlands aufs Spiel!

Führende SPD-Politiker übten Kritik im Seeheimer Kreis

Mit mildem Spott hat Rudolf Scharping von einem ihm zugetragenen Papier berichtet, die Ausgabe-Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion seien nur zur Hälfte von deren Einnahmeverorschlägen gedeckt. „Eine Partei gewinnt in Deutschland keine Wahlen, wenn sie wirtschaftspolitisch nicht kompetent ist“, sagte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident den Mitgliedern des „Seeheimer Kreises“.

„Regierungsfähigkeit“ ist das Leithema des Jahrestreffens der „Seeheimer“ in Bonn gewesen, und deshalb zollten sie Scharping Beifall. Josef Vosen, seit 1984 Bürgermeister von Düren, trägt ihnen seine Sicht über das Petersberger Programm vor. 13 kostenträchtige Forderungen würden dort erhoben. Zu prüfen sei, ob die bezahlt werden könnten. Vosen spricht von „Leipziger Allerlei“, mit dem die SPD wirtschaftspolitische Kompetenz nicht erwerben könne. Die Finanzierung von „Petersberg“ sei „zwingend“, wolle die SPD „regierungsfähig“ werden. In einem kursierenden Papier zum Vorstandsbeschluß war Vosen deutlicher geworden. „In den Sachaussagen werden finanzwirksame Ankündigungen gemacht. Die Kosten dieser Maßnahmen sind jedoch an keiner Stelle genannt.“

Die Analyse Vosens stößt bei den Sozialdemokraten auf vielfältigen Zuspruch. Auch Mitglieder der SPD-Führung halten das Finanzierungskonzept des Parteivorstandes für die eigentliche „Schwachstelle“.

Die SPD „regierungsfähig“ zu machen, ist ein Stichwort der „Seeheimer“. Sie stimmten dem Fraktionsvorsitzenden

Klose zu, die Konzepte der SPD müßten auf eine „Realisierung abzielen“. Leider gebe es in der SPD „zwei unterschiedliche Wirklichkeiten“, sagte Klose. Am liebsten habe die SPD die „Programmwirklichkeit“, wichtiger aber sei die „wirkliche Wirklichkeit“. Es müsse deutlich werden, daß die SPD nicht für sich selbst, sondern für die Menschen existiere.

Es gehört zum Konsens der „Seeheimer“, daß der Mittelbau der SPD für den Stand der Partei verantwortlich sei. Der „Delegiertenkörper“ müsse wieder der Mitgliedschaft entsprechen, sagte Florian Gerster, einer der Bezirksfürsten aus Rheinland-Pfalz. Er sei erstaunt gewesen, wie weit selbst in bodenständigen Bezirken die Delegierten von den Problemen der Bevölkerung entfernt seien.

(aus FAZ, 9. 11. 92)

Zitat

Wehnens Warnung

Herbert Wehner, damals SPD-Fraktionsvorsitzender, sagte am 15. Februar 1982 in einer Sitzung des Parteivorstands: „Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefegt. Ich sage euch — wir sind am Ende mitschuldig, wenn faschistische Organisationen aktiv werden.“

Die Welt, 11. November 1992

Norbert Lammert:

Auch im Osten findet jeder einen Ausbildungsplatz

Zu Beginn des Ausbildungsjahres 1992/93 ist die Situation auf dem Ausbildungsplatzmarkt auch in den neuen Ländern in jeder Hinsicht beachtlich und erheblich besser als dies die Unkenrufe der SPD noch vor kurzem prophezeiten. Nach der Statistik der Arbeitsverwaltung standen Ende September 1.200 unvermittelten Jugendlichen noch über 3.200 unbesetzte Lehrstellen gegenüber.

Neben diesem statistischen Ausgleich gibt es aber auch strukturelle Verbesserungen: Die betrieblichen Ausbildungsstellen sind gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent auf insgesamt 95.100 gestiegen, demgegenüber ist die Zahl der nach AFG geförderten außerbetrieblichen Stellen von 37.000 (1991) auf rund 20.000 gesunken. Bei einem begrenzten Anteil von Pendlern in westliche Ausbildungsbetriebe ist damit in erstaunlich kurzer Zeit von nur zwei Jahren ein Ergebnis erreicht, das den erklärten Zielen unserer Berufsbildungspolitik entspricht: Ausbildung soweit wie möglich „zu Hause“ mit Vorrang betrieblicher vor außerbetrieblicher Ausbildung.

Die Zahlen zeigen im übrigen, daß die ostdeutsche Wirtschaft erkannt hat, welche Bedeutung die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses für die Betriebe und die wirtschaftliche Entwicklung hat. In den Zahlen kommt zugleich zum Ausdruck, daß die Ausbildungsbetriebe in den neuen Ländern mit Optimismus in die Zukunft blicken.

Gleichwohl müssen Bemühungen zur Verbesserung der Ausbildungsbereitschaft und Ausbildungsfähigkeit der

Betriebe in den neuen Ländern unvermindert fortgesetzt werden, weil 1993 mit einer nochmals steigenden Anzahl von Ausbildungsplatzbewerbern zu rechnen ist.

Auch für die neuen Länder gilt, daß die berufliche Bildung insgesamt attraktiver werden muß. Der in den alten Ländern bereits eingetretene und in den neuen Ländern zum Teil schon erkennbare Mangel an Bewerbern für Ausbildungsplätze macht neben der weiteren Modernisierung der Ausbildung und der Lehr- und Lernmethoden vor allem eine stärkere Differenzierung der beruflichen Bildung nach den individuellen Neigungen, Fähigkeiten und Leistungsmöglichkeiten der Jugendlichen erforderlich, um die Begabungsreserven von Jugendlichen, die bislang ohne Berufsausbildung blieben, besser ansprechen zu können und um den Leistungsstärkeren eine attraktive Alternative zum Gymnasium in der beruflichen Bildung bieten zu können.

Die 1991 begonnene Begabtenförderung Berufliche Bildung des BMBW ist ein wesentlicher Beitrag zur Herstellung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Dabei spielt auch die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten für beruflich besonders Qualifizierte an vor allem Fachhochschulen und Universitäten eine wichtige Rolle. Des Weiteren müssen wir das Berufsbildungssystem „europäfähriger“ machen. Dabei wird es insbesondere darauf ankommen, auch in der beruflichen Bildung Fremdsprachen stärker als bisher zu verankern, deren Fehlen sich als die eigentliche Freizügigkeitsbarriere im Europäischen Binnenmarkt erweisen könnte.

Paul Hoffacker:

Verhängnisvoller Entwicklung entgegenwirken

Das Gesundheits-Strukturgesetz ist eines der Gesetze, das von der allgemeinen Überzeugung getragen wird, daß etwas geschehen muß. Streit, und zwar heftiger Streit, besteht nur über die Frage, was geschehen muß.

Die finanzielle Lage in der gesetzlichen Krankenversicherung in Ost und West ist alarmierend. Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung driften weiter auseinander. Im ersten Halbjahr 1992 betrug die Steigerung der Ausgaben 10,6 Prozent, die Steigerung der Einnahmen demgegenüber nur 4,4 Prozent. Der durchschnittliche Beitragsatz in der gesetzlichen Krankenversicherung in den alten Ländern hat zum 1. 10. 1992 erstmals den Spitzenbetrag

von 13,1 Prozent erreicht. Dennoch erwarten wir in diesem Jahr ein Defizit von über zehn Mrd. DM. Auch in den neuen Ländern ist nach anfänglichen Überschüssen die defizitäre Entwicklung vorprogrammiert.

Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. Das Anspruchsdenken aller am Gesundheitswesen Beteiligten überwuchert die realen Zahlungsmöglichkeiten. Die Spannung von Eigenverantwortung und Solidarität wird durch medizinisch nicht notwendige Leistungen überstrapaziert.

Dieser Entwicklung muß in dreifacher Weise entgegengewirkt werden:

- durch Sofortmaßnahmen,
- durch Strukturmaßnahmen
- und eine neue Bestimmung der Selbstverantwortung von Patienten, Ärzten, Zahnärzten, Apothekern, Arzneimittelherstellern sowie der Selbstverantwortung der Versicherten.

Es kann nicht angehen, daß der unbremste Zugriff auf das Geld der Kassen noch weiter beschleunigt wird.

(s. auch Dokumentation im UID 31/1992)

Die wichtigsten Beschlüsse des Düsseldorfer Parteitages

- Wir gewinnen mit Europa. Beschlüsse zur Europapolitik.

Bestell-Nr. 5559.

Mindestabnahme: 50 Exemplare.

Preis je Mindestabnahme: 14,— DM.

- Gemeinsam handeln für Deutschland: Vorfahrt für den Aufbau Ost. Mit der Einführungsrede von Wolfgang Schäuble.

Bestell-Nr. 5560.

Mindestabnahme: 50 Exemplare.

Preis je Mindestabnahme: 14,— DM.

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum, Postfach 1328
4804 Versmold, Fax (05423) 41521**

Preise zuzüglich MwSt. inklusive Versand

Shell-Studie „Jugend 92“: Klare Absage an Gewalt

Zum Ergebnis der Shell-Studie „Jugend 92“ erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Claudia Nolte: Die Stimmung der Jugendlichen in Deutschland ist grundsätzlich optimistisch. 71 Prozent im Westen und sogar 76 Prozent im Osten sehen „eher zuversichtlich“ in die Zukunft. Jugendliche aus den neuen Bundesländern unterscheiden sich nicht wesentlich von ihren Alterskameraden im Westen, aber beachtliche Unterschiede gibt es zur jugendlichen Grundstimmung vor 10 Jahren. Sagen doch 1981 fast 60 Prozent der damals 15 bis 24 Jahre alten Westdeutschen „eher düster“ in die Zukunft.

Eine Welt in Frieden, frei von Kriegen und Konflikten hat für Jugendliche äußerste Wichtigkeit. Erfreulich ist der Wunsch nach „wahrer Freundschaft“ und weiter nach der „Freiheit des Denkens und Handelns“.

„Familiäre Sicherheit“ gehört bei jungen Menschen (im Osten sogar bei 73 Prozent) zu den wichtigsten Werten. Hier macht sich ein starkes Bedürfnis nach Geborgenheit und Sicherheit bemerkbar.

Die Shell-Studie bestätigt auch die Leistungsbereitschaft der heutigen Jugend. 64 Prozent der jungen Frauen in den neuen Bundesländern wollen in ihrem Leben „etwas leisten, auch wenn das oft schwer und mühsam ist“. Dasselbe gilt für 56 Prozent der männlichen Jugendlichen in Ostdeutschland sowie für 55 Prozent der jungen Männer und 52 Prozent der jungen Frauen im Westen.

98 Prozent aller Jugendlichen in Deutschland im Alter von 13 bis 29 Jahre lehnen die Anwendung von Gewalt gegen Personen oder die Beschädigung fremden Eigentums ab. Nach den gewalttätigen Ausschreitungen der letzten Wochen und Monate ist zu hoffen, daß die Jugendforscher, die eine weitgehende friedliebende Jugend ausmachten, Recht behalten und die schweigende Mehrheit der jungen Menschen und die Gesellschaft insgesamt der gewaltbereiten Minderheit offensiv entgegentreten.

Die neueste Shell-Studie bestätigt das große Interesse junger Menschen in Deutschland an Politik, aber auch die Ablehnung der konventionellen Formen parteipolitischer Partizipation. 81 Prozent im Westen und 84 Prozent im Osten fühlen sich „von Politikern betrogen“. Die Gefahren dieses Vertrauens — und Glaubwürdigkeitsverlustes von Politikern dürfen nicht unterschätzt werden.

Daß gerade die Jugendlichen, die man gemeinhin als politischen Führungsnapwuchs bezeichnet, die üblichen Formen der politischen Teilnahme ablehnen, ist eine Gefahr für den notwendigen Integrationsprozeß in unserem politischen System und eine Herausforderung an die demokratischen Parteien dieses Landes.

Über neue Formen politischer Arbeit ist schon viel gesprochen und geschrieben worden. Daneben erwarten Jugendliche auch politische Visionen. Die Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands, Europa, die Entschärfung des Nord-Süd-Gegensatzes, die Bewahrung der Schöpfung sind reale Visionen, für die es lohnt, sich politisch zu engagieren.

Dazu müssen sich die Parteien aber auch

öffnen und jungen Leuten die Chance geben, sich zu artikulieren. Möglichkeiten der politischen Gestaltung sollen deutlich werden. Dazu bedarf es politischer Zielvorgaben, die von der Verwaltung umgesetzt werden, und nicht einer Politik, die nur noch das „zu verkaufen“ hat, was die Verwaltung erdachte.

Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat lebt vom Midenken und Mittun der Bürgerinnen und Bürger. Unser Ziel sollte es sein, schon jungen Menschen die Erfahrung zu vermitteln, gebraucht zu werden, gefragt zu sein, mitwirken zu können. Deshalb erneuere ich meinen Vorschlag, in Städten und Gemeinden Jugendgemeinderäte von den 12- bis 18jährigen wählen zu lassen. Dieses Gremium hätte zwar letztlich nur beratende Funktion, könnte aber im kleinen zeigen, wie parlamentarische Demokratie funktioniert. Bisherige Erfahrungen sprechen für die Nachahmung dieser Idee. ■

Christian Wulff zum Spitzenkandidaten vorgeschlagen

Der 33jährige Rechtsanwalt und CDU-Fraktionschef im Osnabrücker Stadtrat, Christian Wulff, soll im Landtagswahlkampf 1994 als CDU-Ministerpräsidentenkandidat gegen den Amtsinhaber Gerhard Schröder antreten.

Dieses ist das wichtigste Ergebnis einer fünfstündigen Marathonsitzung des CDU-Landesvorstandes. Wulff soll endgültig von einem Landesparteitag am 30. Januar 1993 nominiert werden.

Jürgen Gansäuer, Fraktionsvorsitzender im Landtag, hatte seine Bewerbung zurückgezogen, um „der Partei eine Zerreißprobe zu ersparen“. ■

Innenausschuß: Nur drei Wahlkreise verändert

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat beschlossen, Wahlkreisänderungen grundsätzlich nur aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften vorzunehmen. Danach werden nun nur die Wahlkreise München-Mitte, Ostallgäu und Odenwald verändert; in Berlin soll eine kleine „Grenzbereinigung“ erfolgen.

Damit weicht der Innenausschuß von den Vorschlägen der vom Bundespräsidenten ernannten Wahlkreiskommission ab. Die Kommission hatte vorgeschlagen, im Bundesgebiet 32 Wahlkreise zu ändern. Außerdem sollten Brandenburg und Nordrhein-Westfalen auf einen Direktkreis verzichten.

Gesetzliche Grundlage dieser Vorschläge ist das Bundeswahlgesetz, wonach bei einer Abweichung von +/− 33½ Prozent des Einwohnerdurchschnitts (derzeit 226.000) ein Wahlkreis geändert werden muß. Bei einer Abweichung von +/− 25 Prozent sollte ein Änderung erfolgen. Wahlkreisänderungen waren danach nur in den oben genannten Kreisen zwingend erforderlich. Nach Meinung des Innenausschusses sollen vor weiteren Änderungen erst anstehende kommunale Neuordnungen in den jungen Bundesländern abgewartet werden. Damit keinem Bundesland irgendein Nachteil entsteht, ist eine gründliche Vorarbeit notwendig: Der Änderungszeitraum bis zum 19. August 1992 (32 Monate nach Beginn der Wahlperiode des 12. Deutschen Bundestages; frühester Termin für die Aufstellung von Bundestagskandidaten) ist jedoch für eine umfassende Änderung zu kurz. ■

Zinsabschlag bei Sportvereinen

Zu den Auswirkungen der Neuregelung der Zinsbesteuerung für Sportvereine erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Joachim Grünwald:

Die Neuregelung der Zinsbesteuerung bringt für gemeinnützige, von der Körperschaftsteuer befreite Sportvereine keine Änderung der bisherigen Rechtslage mit sich. Bezieht ein solcher gemeinnütziger Verein Kapitaleinkünfte und fallen diese nicht im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb des Sportvereins an, so ist ein Zinsabschlag grundsätzlich nicht einzubehalten. Voraussetzung dafür ist, daß das Konto auf den Namen des Vereins lautet und dieser gegenüber dem Kreditinstitut durch eine Bescheinigung seines zuständigen Finanzamts nachweist, daß er eine von der Körperschaftsteuer befreite Einrichtung ist.

Erfüllt der gemeinnützige Verein als Gläubiger der Kapitalerträge diese Voraussetzungen, so wird ohne Höchstgrenze vom Zinsabschlag Abstand genommen.

Für freie Sportgruppen, die sich nicht als Verein haben eintragen lassen und die auch nicht als gemeinnützige anerkannt sind, gilt folgendes:

Erfüllt die freie Sportgruppe die Voraussetzungen eines nicht eingetragenen Vereins (Satzung, Vorstand etc.), so kann dieser seinem Kreditinstitut einen Freistellungsauflauftrag bis zur Höhe von 6.100 DM erteilen. In diesem Fall wird der Steuerabzug bis zu dieser Höhe nicht vorgenommen. Voraussetzung ist aber, daß das Konto auf den Namen des Vereins als Gläubiger der Kapitalerträge lautet.

Handelt es sich hingegen bei der freien Sportgruppe um einen losen Personenzusammenschluß, so ist eine Abstandnahme

vom Zinsabschlag und die Erteilung eines Freistellungsauflauftrages nicht möglich. Eine solche freie Sportgruppe besitzt keine eigene Rechtsfähigkeit und -persönlichkeit. Gläubiger der Kapitalerträge sind daher alle Mitglieder dieser freien Sportgruppe. Die Zurechnung der Kapitalerträge ist steuerrechtlich von Bedeutung und fällt in die Zuständigkeit der Finanzverwaltung, sie geht damit über die Aufgaben der Kreditinstitute als Zahlstellen im Sinne des Zinsabschlaggesetzes hinaus. Da es sich bei dem Zinsabschlag lediglich um eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer handelt, die im Rahmen der Veranlagung auf die Einkommensteuerschuld angerechnet wird, können die Mitglieder dieser Sportgemeinschaft den Zinsabschlag, der auf ihren Anteil an den Einnahmen aus dem Kapitalvermögen entfällt, im Veranlagungsweg als Vorauszahlung auf ihre Einkommensteuerschuld geltend machen. Grundsätzlich ist dazu eine gesonderte Feststellung der einkommensteuerpflichtigen Einkünfte erforderlich. Verichtet das Finanzamt darauf wegen geringer Bedeutung des Falles, so genügt es, wenn die Mitglieder ihrer Einkommensteuererklärung die Steuerbescheinigung des Kreditinstitutes beifügen und ihren Anteil an den Kapitaleinkünften angeben. ■

Offene Arzneimittelmärkte

Die EG-Staaten wollen der nationalen Abschottung der Arzneimittelmärkte von 1995 an ein Ende bereiten. Damit würde auch der Praxis deutscher Unternehmen ein Ende gesetzt, die teilweise für das-selbe Medikament in Deutschland wesentlich höhere Preise verlangen als im Ausland. ■

Im Mittelpunkt: Der Standort Bremens im vereinten Europa

„Standort Deutschland — Wir gewinnen mit Europa“: Unter diesem Motto stand der außerordentliche Landesparteitag der CDU Bremen. Einstimmig verabschiedeten die knapp 200 Delegierten ein „20-Punkte-Programm“ zur Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur künftigen Rolle Bremens in Europa.

Dessen zentrale Inhalte sind:

- Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Einigung Europas gehören zusammen.
- Das Subsidiaritätsprinzip garantiert Bürgernähe sowie nationale und regionale Vielfalt.
- Sicherheitspolitik in Europa bleibt auf eine transatlantische Partnerschaft angewiesen.
- Deutschland muß sich an Frieden sichernden Aktionen und an Maßnahmen zur Wahrung und gegebenenfalls zur Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beteiligen.

„Wir sind die einzige Partei in Bremen, die sich diesem Thema derzeit stellt“, betonte CDU-Landeschef Bernd Neumann, zugleich Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesforschungsministerium. Der Parteitag sei als Abschluß der breitangelegten Herbstaktion, die in den zurückliegenden Wochen knapp 5.000 Besucher in Bremen und Bremerhaven anlockte, zu sehen.

Bremens Selbständigkeit müsse auch im Vereinten Europa bewahrt werden. In diesem Zusammenhang stellte Bernd Neumann dem amtierenden Ampel-Senat schlechte Noten aus. Die entscheidenden Weichenstellungen, die dazu auf wirtschaftlicher und politischer Ebene zur

Vorbereitung des EG-Binnenmarktes sowie der neuen politischen Herausforderungen notwendig seien, stünden in der Freien Hansestadt weiter aus.

Eine Minderheiten-Charta für Europa forderte György Csoti, stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im ungarischen Parlament. Wenn das Minderheitenproblem nicht gelöst werde, gäbe es in Europa bald wieder einen „Eisernen Vorhang“. Csoti, der Mitglied der Regierungspartei „Ungarisches Demokratisches Forum“ (UDF) ist, regte die Aufnahme der jungen Demokratien Ost- und Südosteuropa in die Europäische Gemeinschaft an. Die Bundeswehr solle an Blauhelm-Einsätzen teilnehmen, falls die Verfassung dies zulasse. Dafür sprach sich der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Helge Hansen, aus.

Wenn sich nach dem Umbruch in Zentraleuropa Konflikte an den Rand des Kontinents verlagerten, sollte Deutschland den Verbündeten helfen, deren Hilfe es über 40 Jahre in Anspruch genommen habe.

Als Chance für Bremen bezeichnete Dr. Jürgen Krumnow, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, die geplante Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Die Sanierung der Bremer Staatsfinanzen sei die unverzichtbare Voraussetzung für eine starke Position der Freien Hansestadt in Europa. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, und Wolfgang Altenburg, General a. D., referierten in den Arbeitskreisen zu den Themen „Politische Union Europa“ und „Die neue Rolle der Bundeswehr“. Der dritte Arbeitskreis beschäftigte sich mit dem „Standort Bremen im gemeinsamen Markt“.

Neu im Angebot CDU extra

u. a. mit einer Bilanz von 10 Jahren Bundeskanzler Helmut Kohl ist Anfang Oktober an die CDU-Kreisverbände ausgeliefert worden.

Zusätzliche Bestellungen sind beim IS-Ver sandzentrum, Post fach 1328, 4804 Vers mold, möglich.

Bestell-Nr.: **2543**
Verpackungseinheit:
250 Exemplare
Preis pro Verpak-
kungseinheit: 22,50
DM.



• Europa-Pin
Anstecknadel mit Europa-Signet
Bestell-Nr.: 9524
Mindestabnahme: 25 Expl.
Preis je 25 Stück: 27,50 DM

bot

CDU

Nachrichten & Hintergründe

Jetzt reicht's! Mit harten Bandagen gegen das Verbrecherthum vorgehen

Es kann überall kein Tag ohne Gewalt mehr geben in Deutschland. Ob kleine oder massive Gewalt, die Bevölkerung ist nicht mehr in der Lage, mit ihr fertig zu werden. Wer sie zu Recht der Strafe verurteilt, kann sie nicht schützen. Das ist der Fall für ihren Schutz geplant werden muss.

Der CDU-Vorstand fordert deshalb mehr Einsatz und Konsequenz im Kampf gegen Gewalt in Deutschland. Der Rechtsstaat darf vor Korruption und Gewalt nicht zurückweichen.

Bundesminister Seehofer und die CDU-Bundestagsabgeordneten fordern:

Konkrete Maßnahmen

- Wirtschaftlicher Aufschwung und wachsende Beschäftigung
- Eine der besten sozialen Netze
- Friedenszonen und konkrete Abschüttung

Und hierzu ein Appell an alle Bürgerinnen und Bürger: Jetzt reicht's! Mit harten Bandagen gegen das Verbrecherthum vorgehen!

10 Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl

10 gute Jahre: Darauf kann Deutschland weiter aufbauen

Peter Bornisch über 10 Jahre Kanzler Kohl

Opel/Eisenach: Die Zukunft hat schon begonnen

Peter Hintze: Deutsches Asylrecht muß europäifähig werden

Die Initiative "Mehr Menschen zum Stopp des Asylflüchtlingsstroms", mit 10 CDU-Generalsekretären unter den Realisatoren Peter Hintze und Guido Westerwelle, darf keinesfalls die Grundlage für die Gewährung von Visum und Aufenthaltstitel des bestehenden Artikels 16 im Gesetz sein.

Dieser Lösung, im Prinzip Heute, fügt die Gewalt, die sich auf Asylbewerber abgesetzt und umgesetzt hat, nicht hinzu. Heute wird darauf hingewiesen, dass Deutschland sich darum des europäischen Regimes gekümmert.

(Bernd Beßler mit Entschieden)

Seite 2

Seite 4

RECHTSSEXTREMISMUS UND GEWALT GEGEN AUSLÄNDER - EINE SCHAND FÜR UNSER LAND

Aber in den ersten beiden Monaten dieses Jahres sind schon über 500 Menschen mit rechtsextremistischen Hetzer und Hetzerinnen, die sich fast ausschließlich auf Flüchtlinge und Asylbewerber richten - und diese Zahl steigt noch leicht täglich weiter an. Das Ganze geschieht in einem Land und preist, das seit Jahrzehnten die Welt zu verdarken sucht.

Das gilt nicht nur für die Rechte für den Brandanschlag auf die

algerische Botschaft des ehemaligen KZ-Häftlings. Spätestens seit dem neuen Terror wird bewußt sein, dass es sich um einen Angriff auf den Staat handelt, der nicht gebremst werden darf. Die CDU hat entsprechende Maßnahmen für gestellt.

■ Menschen müssen normativ, aber auch praktisch zwischen den Landespolizeien kooperieren.

■ Der Tatenkreis muss erweitert werden, damit nicht nur Gefangen- und Strafhaftung besser, macht sich mitschuldig. Auch soche Methoden

und strategischen zu verzögern.

■ Schäftsmissbrauch und Gewalt, aber auch den sogenannten "Gewaltverlust" müssen gemacht werden, da für die Polizei eine Arbeitsplattform gefordert wird, die den heimlichen Geheimnissen nicht nachgibt.

■ Wer den Tatenkreis erweitert, muss sich mitschuldig machen.

■ Der Konsens muss verstetigt werden, um die Rechte für den Aufbau zu gewinnen.

Seite 6

● Europa von A bis Z

Bestell-Nr.: 5514

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je 50 Stück: 24,— DM

● Europa-Rahmenplakat DIN A1

Bestell-Nr.: 8481

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je 50 Stück: 25,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Neu im Versandzentrum: die „Europa-CD“

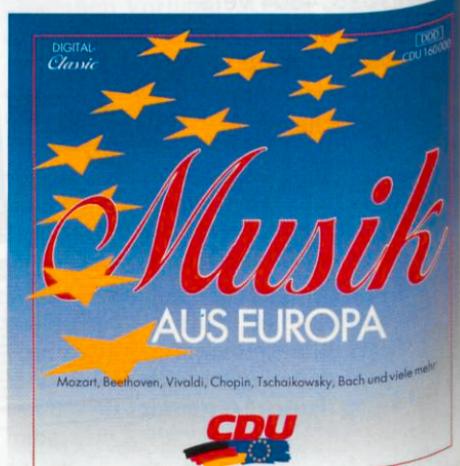
Eine CD mit 15 Klassikern aus ganz Europa, u. a. mit Werken von Mozart, Beethoven, Vivaldi, Chopin, Tschaikowsky und Bach.

Bestell-Nr.: **9544**

Mindestabnahme: 1 Stück

Preis je Mindestabnahme: 6,40 DM

inklusive Versand zuzügl. MwSt.



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID
35/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 54 44-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthe, Bernd Proffittlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Köln-Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln-Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementpreis jährlich 52,— DM, Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.